

Sind wir in Afghanistan noch zu retten?

Manfred Backerra

Oberst a. D.

In Goethes *Faust* sagt ein Bürger beim Osterspaziergang:

*Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit in der Türkei,
Die Völker aufeinander schlagen,
Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus,
Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;
Dann kehrt man abends froh nach Haus
Und segnet Fried und Friedenszeiten.*

Darauf ein anderer Bürger:

*Herr Nachbar, ja! So laß ichs auch geschehen:
Sie mögen sich die Köpfe spalten,
Mag alles durcheinander gehn;
Doch nur zu Hause bleibs beim alten!“*

So mögen heute viele beim Fernsehen denken, keinesfalls aber Eltern, deren Sohn oder Tochter dabei ist, unter anderem in Afghanistan. Dort kämpfen über 4000 Deutsche in dem für sie längsten bewaffneten Konflikt seit dem Ende des 30jährigen vor über 360 und dem des Siebenjährigen Kriegs vor fast 250 Jahren.

Was wollen wir in Afghanistan?

Im Februar letzten Jahres veröffentlichte Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, dann Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, ein wortreiches Plädoyer für die Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes und einen unbeschränkten Einsatz der Bundeswehr unter der Überschrift „Auch gegen den Willen der Mehrheit“.³⁵ Damals sprachen sich nämlich schon die Deutschen gemäß Infratest/Emnid zu 55 bis 61 Prozent für einen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan aus, obschon es im Verantwortungsbereich der Bundeswehr im Norden Afghanistans noch ruhig war. Jetzt muß dort auch die Bundeswehr kämpfen, aber Naumanns Argumentation für den Afghanistan-Einsatz gilt politisch unverändert weiter. Deshalb sei sie einmal genauer betrachtet.

Hinweis zu den Fußnoten: Quellen aus dem Internet werden nicht mit der Quellenadresse (URL) angegeben, sondern so, wie sie mit Google zu finden sind. Die Zahlenangaben gemäß Wikipedia sind nur als ein Anhalt zu sehen, der für diese Untersuchung ausreicht.

35 WELT v. 08.02.08, S. 9

Bereits die Überschrift, die ein seltsames Verständnis von der Legitimierung des Einsatzes einer „Parlamentsarmee“ offenbart, macht stutzig. Doch die im Text gebrachte Begründung, schließlich seien die „großen Entscheidungen von der Westorientierung über die Wiederbewaffnung bis hin zum Euro auch gegen die Meinung der Mehrheit getroffen worden“, ist für unsere repräsentative Demokratie korrekt, macht allerdings auch deren Defizite demokratischer Legitimierung schmerzlich spürbar.

Naumanns Argumente? Zunächst geht es ihm um den deutschen Einfluß im Bündnis. Es erfordere Agieren statt sich drängen lassendes Reagieren; dem kann man zustimmen. Auch das nächste Argument ist bedenkenswert, der Einsatz sei im Interesse Deutschlands, denn dazu gehöre, das „Atlantische Bündnis funktionsfähig zu erhalten“. Wenn er aber später quasi eine Dankespflicht anführt, „weil Deutschland der Hauptnutznießer der Solidarität der Verbündeten im kalten Krieg war“, dann liegt er daneben: Nein, Deutschland war nicht „der Hauptnutznießer“, sondern Angelpunkt der Verteidigung Nato-Europas, mit dem solidarisch zu sein im ureigenen Interesse der Verbündeten lag.

Er fährt mit der „Kernfrage“ fort: „Geht es um unser aller Sicherheit in Afghanistan? Ich meine, diese Frage mit Ja beantworten zu können, denn würde dort nicht versucht, eine neue staatliche Ordnung aufzubauen, dann wird das Land wieder Rückzugs- und Ruheraum für den internationalen Terrorismus werden. Der Terrorismus hätte es dann leicht, zu uns zu kommen. Vergessen wir nicht: Die Attentäter des 11. September 2001 lebten in Deutschland, aber sie wurden aus Afghanistan gesteuert. ... ohne ein stabiles Afghanistan gibt es keine Ruhe in Pakistan, und ein zerfallender Staat mit Atomwaffen wäre eine Gefahr für den Frieden der ganzen Welt.“ Also: Verteidigung unserer Freiheit am Hindukusch!

Aber war das Land wirklich Rückzugs- und Ruheraum für den „internationalen Terrorismus“? War es das nicht vielmehr nur für eine terroristische Gruppe, nämlich al Kaida? Bedurfte es wirklich eines Kriegs, um ihr den zu verwehren? Und was ist gewonnen, wenn sie diesen Rückzugs- und Ruheraum verliert? Gibt es dafür nicht schon gleich nebenan in Pakistan oder in anderen Ländern Ersatz? Soll gegen sie alle Krieg geführt werden? Gibt es den „internationalen Terrorismus“ überhaupt so, wie es der Begriff insinuiert: quasi als Organisation? Zweifellos gibt es Terrorismus fast überall auf der Welt, er ist insofern international, jedoch keiner behauptet, die vielen terroristischen Gruppen würden zum Beispiel insgesamt oder überwiegend von al Kaida geführt. Wenn nach Anschlägen oft eine „Verbindung zu al Kaida“ behauptet wird, ist Skepsis ob deren Omnipotenz angebracht. Terroristen benötigen auch nicht Afghanistan, um von dort „zu uns zu kommen“. Sie kommen meist aus den Ländern, in denen sie Anschläge verüben oder verüben wollen. Darf man auch wirklich noch glauben, 9/11 sei „aus Afghanistan gesteuert“ worden?

Allein in den USA bestreiten das mit überzeugenden Begründungen viele Gruppen mit Hunderten hervorragender Politiker und Fachleute, wie im davon überquellenden Internet leicht festzustellen ist. Ist die Gefahr eines zerfallenden Pakistan nicht erst nach dem Nato-Einsatz in Afghanistan entstanden? Wird sie nicht gerade dadurch verstärkt, daß der Nato-Einsatz Afghanistan nicht zur Ruhe kommen läßt?

Es wirkt überheblich und bar jeder Sensibilität für fremde Kulturen, wenn behauptet wird, man werde, wie unten zu lesen ist, mit euro-amerikanischen Vorstellungen in Afghanistan eine „neue staatliche Ordnung“ aufbauen. Schlichtes Taktgefühl geböte zu sagen, man wolle helfen, die von den Afghanen selbst gefundene Verfassungs-, Rechts- und Verwaltungsordnung wiedereinzuführen, die von 1931 bis in die 60er Jahre galt. Diese entsprach ja zumindest formell schon westlichen Vorstellungen.³⁶

Weil der Nato-Generalsekretär unwidersprochen gesagt hatte, „Afghanistan sei der Lackmusestest der Nato des 21. Jahrhunderts“, macht Naumann dann die vorige Bundesregierung dafür verantwortlich, zugelassen zu haben, daß „Afghanistan so etwas wie der Prüfstein des freiheitlich-westlichen Ordnungsmodells geworden“ sei, denn „damit wurden zwei für Deutschland existentielle Voraussetzungen seiner staatlichen Existenz auf den Prüfstein gestellt: unsere freiheitliche Rechts- und Lebensordnung, die Grundlage des Modells für den Wiederaufbau des afghanischen Staates ist, und unsere Bereitschaft, den Schutz vor äußerer Gefahr der Nato und ihrem System kollektiver Sicherheit zu übertragen. Scheitert die Nato in Afghanistan, dann scheitert in unruhigen Zeiten das einzige funktionierende Sicherheitsbündnis der Welt. Die Signalwirkung und der Anreiz für die Schurken dieser Welt wären gewaltig. Daraus entstünde eine beträchtliche Gefährdung unserer Sicherheit. Eine Beschädigung der Nato und eine Abwertung unserer Lebensordnung zu verhindern, ist ein deutsches Sicherheitsinteresse.“

Mit anderen Worten: Unklug hat damals die Bundesregierung den Wert der Nato und angeblich damit auch unserer Lebensordnung von einem Erfolg in Afghanistan abhängig gemacht – deshalb ist das ein Faktum, und wir müssen nolens volens den eingeschlagenen Weg weitergehen. Wahrlich eine dürftige, um nicht zu sagen politisch abartige Argumentation. Denn jede vernünftige Politik richtet sich nach den Realitäten, weshalb alle Absichten und alles Handeln nur unter dem Vorbehalt *rebus sic stantibus* gelten, d. h., solange ihre Entscheidungsgrundlage unverändert bleibt. Aber die Grundlagen für das damalige vollmundige Gerede des Nato-Generalsekretärs und das Nichtwidersprechen der Bundesregierung war die allgemein herrschende Erwartung, in Afghanistan rasch Erfolg zu haben. Viele Jahre später sollte aber klar sein, daß ein Scheitern

36 Brockhaus-Enzyklopädie 1966: Afghanistan

zumindest nicht unwahrscheinlich ist. Deshalb kann man nur kopfschüttelnd fragen: Was hat den politisch versierten Autor nur dazu gebracht, angesichts dieser Entwicklung ein Scheitern der Nato in Afghanistan zum Scheitern des Bündnisses und zur „Abwertung unserer Lebensordnung“ hochzustilisieren?

Gründe hinter den Begründungen

Naumanns Versuch (der Artikel firmiert bezeichnenderweise auch als „Essay“), vom Sinn des Afghanistan-Einsatzes zu überzeugen, überzeugt also keineswegs. Außer dem bündnispolitischen Argument ist keiner der angegebenen Gründe stichhaltig. Heute meint der meist pro-amerikanische Michael Stürmer unter dem Titel „Afghanistan Blues“ auch eiskalt³⁷: „Es geht nicht um Sieg; es geht auch nicht mehr um westliche Demokratie, nicht um Bildung auch für Mädchen oder Befreiung der Frauen von der Burka – so wünschenswert derlei auch wäre. Dafür hat der Westen vor den Taliban nicht Krieg geführt und auch nicht seitdem: Es geht um Prävention gegen einen Feind, ... der auf Pakistan zielt und auf die Atomwaffen der pakistanischen Armee, und der dem Westen unversöhnlichen Haß entgegenbringt.“ Diese „Prävention“ wurde aber doch wohl erst durch den Nato-Einsatz notwendig, und der Haß kommt nicht aus dem Nichts. Ging es vorher nicht eigentlich um die Beherrschung dieses geostrategisch wichtigen Landes, die den Zugriff auf den gesamten zentralasiatischen Raum und auf seine gewaltigen Energievorkommen ermöglicht? Ging es nicht besonders auch um Öl- und Gas-Pipelines von Turkmenistan durch Afghanistan nach Pakistan und Indien? Beides betont der Afghanistan-Kenner Christoph Hörstel, der dies auch, wie er sagt, bei der Vorbereitung von Soldaten der Bundeswehr auf Afghanistan mit deren Plazet so darstellte.³⁸

Bezüglich der mittlerweile überholten Forderung, die Bundeswehr auch im Süden einzusetzen, sagt Naumann schließlich: „Deutschland darf keine Sonderrolle spielen. ... ,Ohne mich‘ in EU und Nato (wird) mit null Einfluß übersetzt. Wer diesen Weg geht, der gibt den Anspruch auf, zum Frieden in dieser Welt beizutragen und deutsche Interessen zu wahren.“

„Der Afghanistankrieg ist ein Terrorzuchtprogramm“, meint dagegen Jürgen Todenhöfer, MdB a. D. mit Afghanistan-Erfahrung.³⁹ Ob die partiell gewonnenen Menschenrechte die großen Verluste an Menschenleben wert sind, ist sehr fraglich. Auch wenn die Taliban in ihrem finsternen Fanatismus grauerregend erscheinen – haben die Nato-Staaten das Recht, gegen die Völkerrechtsprinzipien der Selbstbestimmung und der Nichteinmischung

37 WELT v. 27.08.09, S. 7

38 Christoph Hörstel unter youtube.com/watch, hier: Was macht die Nato eigentlich am Hindukusch?

39 *Der Spiegel* v. 29.06.09

in die inneren Angelegenheiten den Afghanen eine westliche Ordnung aufzuzwingen? Geschieht das in Saudi-Arabien, wo praktisch ein vergoldetes Taliban-System herrscht?

Deutsches Interesse am Bündnis gewahrt – Deutschlands Ansehen gefährdet

Wahrt Deutschland mit dem militärischen Engagement seine Interessen? Ja und nein. Ja, weil Deutschland dadurch zur Solidarität im Bündnis beigetragen und sich seine Mitbestimmung erhalten hat. Nein dagegen, weil, wie oben gezeigt, keine der offiziellen Begründungen bezüglich der auszuschaltenden Gefahren stichhaltig ist. Nein auch, weil die traditionelle Sympathie für Deutschland, derentwegen nach wiederkehrenden Meldungen US-Soldaten in Afghanistan deutsche Kennzeichen mißbrauchen, wahrscheinlich in dem Maße beschädigt wird, in dem die Bundeswehr den Tod von Unschuldigen verursacht. Wenn die Bombardierung der Taliban um die Tanklaster am 4. September trotz vieler toter Zivilisten von amtlicher afghanischer Seite vor Ort sogar gelobt wird⁴⁰, so darf man das nicht für bare Münze nehmen; es ist wahrscheinlich nur eine höheren Orts gewünschte politische Aussage, um die Deutschen bei der Stange zu halten.

Das gute Ansehen der Deutschen ist über 100 Jahre alt: Die deutsche Afghanistan-Expedition von 1915 fand schon Krupp-Kanonen vor und wurde gut aufgenommen; dem deutsch-afghanischen Freundschafts- und Handelsvertrag von 1921 folgten deutsche Hilfe im Bildungswesen und in der technischen Entwicklung bis in die 70er Jahre; der Deutschland-Besuch des afghanischen Königs Aman Ullah 1928 war der erste eines ausländischen Staatsoberhauptes nach dem Ersten Weltkrieg. Ein Afghane sagte für die 60er Jahre: „Ein Studium in Deutschland war für jeden Afghanen ein Traum.“⁴¹ Es wäre auch politisch ein großer Verlust, dieses Ansehen zu verlieren. Es kann nämlich sehr hilfreich sein, Auswege aus dem Afghanistan-Konflikt zu finden.

In diesem Zusammenhang ist zu fragen, wie sich ein militärischer Einsatz dieser Art überhaupt auf das gute Ansehen Deutschlands in der „nicht-westlichen“ Welt auswirkt. Nach dem formalen Völkerrecht ist in diesem Fall zwar der Einsatz rechtmäßig, weil der UN-Sicherheitsrat den Anschlag vom 11. September 2001 bereits eine Woche später als Angriffshandlung erklärte und damit den USA und seinen Verbündeten das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gemäß Artikel 39 der UN-Charta zugestand. Doch da zweifellos nicht Afghanistan als Staat, sondern, wenn überhaupt, einer unbewiesenen Anschuldigung nach

40 u. a. WELT v. 11.09.09, S. 4

41 Reinhard Erös, *Unter Taliban, Warlords und Drogenbaronen*, Hamburg 2009, S. 71

nur die terroristische Gruppe al Kaida in Afghanistan der Täter gewesen war, wird die Resolution des UN-Sicherheitsrates in postkolonialen Ländern sicher als äußerst dubios und der westliche Afghanistan-Einsatz als schlichter Neokolonialismus angesehen werden. Man kann deshalb nur hoffen, daß diese Länder die Verhaltenszwänge Deutschlands verstehen, es nicht mit den ehemaligen Kolonialherren in einen Topf werfen, und daß das deutsche Verhalten dies rechtfertigt.

Sicher kann Deutschland jetzt nicht von heute auf morgen Afghanistan verlassen, wenn es sich nicht im westlichen Lager total isolieren will, was auch entschiedene Gegner des Engagements nicht wollen können. Aber wenn es auf Beendigung drängt, wird es sich wahrscheinlich keineswegs alleine sehen: Daß der weitere Nato-Einsatz in Afghanistan zum Frieden in der Welt beiträgt, wird inzwischen auch andernorts bezweifelt.

Befriedung wirklich gewollt?

Ist die Befriedung Afghanistans wirklich gewollt? Dieser Wille ist nicht so selbstverständlich, wie man annehmen sollte. Politisch mächtige, vom Afghanistan-Einsatz profitierende Interessierte (z. B. Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen), vor allem in den USA, könnten es nämlich, wie die preisgekrönte kanadische Journalistin Naomi Klein⁴² in ihrem Buch „Shock Doctrine“ u. a. am Beispiel Irak zeigt, für nützlicher halten, das Land im Aufruhr zu lassen. In diese Richtung deutete gegenüber dem Verfasser auch ein in Deutschland lebender Afghane, der regelmäßig Urlaub in Kabul macht: Dort herrsche die Ansicht, der Kampf gegen die Taliban sei nur Theater, es werde gar nicht ernsthaft versucht, ihren Nachschub an Waffen und Munition zu unterbinden. Dies bekräftigend, gibt der oben genannte Christoph Hörstel⁴³ Belege dafür an, daß der pakistanische Geheimdienst ISI mit den Taliban zusammenarbeite (McChrystal: Es wird gemeldet, daß einige Elemente von ISI ihnen helfen.) und dieser wiederum vom CIA gesteuert werde; 2006/07 habe es sogar eine US-Taliban-Vereinbarung über ein sicheres Rückzugsgebiet für die Taliban und al Kaida in Wasiristan im pakistanischen Paschtunengebiet gegeben; afghanische Warlords hätten unbehelligt Immobilien in den USA; auch Waffen ließe man den Taliban zukommen, um ihretwegen mehr Militär nach Afghanistan verlegen zu können.

Das alles klingt irre, ist aber nicht unmöglich. Es ist nicht irrer, als die mit gesundem Menschenverstand nicht erklärbare Tatsache, daß die USA als größte Wirtschaftsmacht der Welt immer wieder versuchen, mit wahn-sinnig kostspieligen militärischen Einsätzen – 4 Mrd. Dollar im Monat

42 naomiklein.org

43 hoerstel.wordpress.com und youtube.com/watch

allein für Afghanistan⁴⁴ – Machtpositionen zu erringen, die mit einem Bruchteil des für Militäroperationen nötigen Geldes zu gewinnen wären, ohne wie jetzt soviel Haß auf sich zu ziehen.

Für die folgenden Überlegungen wird aber angenommen, daß der Wille zur Befriedung Afghanistans besteht, sei es, weil auch die Urheber eventueller entgegengesetzter Machenschaften festgestellt haben, daß sie dabei sind, selbst deren Opfer zu werden, sei es aus genuinem Interesse, vor allem der Europäer.

Als dieser Artikel fast fertig war, erhielt der Verfasser über die *Washington Post*⁴⁵ die Lagebeurteilung des US-Oberbefehlshabers der ISAF, General Stanley McChrystal, vom 30.08.2009 für den US-Verteidigungsminister (mit Anhängen 66 Seiten) in der offenen Version, deren gekennzeichnete Auslassungen für das Lagebild unwesentlich sind. Soweit diese Beurteilung (assessment) die vom Verfasser aus Medieninformationen gewonnenen Feststellungen und Überlegungen anspricht, bestätigt sie sie meist drastisch; sie behandelt auch noch weitere Punkte, übergeht aber auch einige. Im Folgenden wird angeführt, was McChrystal anspricht oder übergeht.

Aufständische überall auf dem Vormarsch

Heute erscheint eine Befriedung Afghanistans durch oder mit den Koalitionskräften weiter entfernt als je zuvor. General Stanley McChrystal sprach im August dieses Jahres in einem Interview mit dem *Wall Street Journal* von zunehmender Stärke der Taliban auch außerhalb ihrer Hochburgen im Süden und einer Bedrohung der bisher vergleichsweise ruhigen Regionen im Norden und im Westen des Landes, nannte die Aufständischen einen „sehr aggressiven Feind“ und gestand, daß die Taliban derzeit die Oberhand hätten⁴⁶. Dies unterstrich der Generalinspekteur der Bundeswehr durch die Aussage, die Taliban seien „überall auf dem Vormarsch“, obschon er damit seinem Minister widersprach⁴⁷. Der US-Generalstabschef Michael Mullen sagte sogar nach der afghanischen Präsidentschaftswahl dem Nachrichtensender CNN, die Lage in Afghanistan sei „ernst und verschlechtert sich“⁴⁸. Selbst in der bis vor kurzem relativ ruhigen Region Kundus hielt es der Kommandeur des deutschen Stützpunktes für zu gefährlich, wenigstens einen Spähtrupp zu den von Taliban entführten, in einem Fluß festsitzenden Tanklastern, sechs Kilometer vom

44 time.com: Afghanistan Exit Strategy v. 14.08.09

45 washingtonpost.com

46 WELT v. 11.08.09

47 WELT v. 13.08.09

48 WELT v. 25.08.09, S. 5

Stützpunkt entfernt, zu schicken⁴⁹. Demnach war also das rund achtjährige Nato-Engagement bisher offenbar weitgehend vergeblich oder sogar für die Aufständischen anstachelnd.

Mißerfolge im Vergleich

Nun sagen Skeptiker gemeinhin, das sei zu erwarten gewesen, weil schließlich auch die drei Versuche der Briten (1839–42, 1878–80 und 1919), sich die Afghanen untertan zu machen, sowie der gleiche Versuch der Sowjetunion (1979–89) am erbitterten Widerstand der Afghanen gescheitert sei. Doch diese Vergleiche beschönigen das Ausmaß des bisherigen Scheiterns der Koalitionstruppen: Der erfolgreiche Widerstand gegen die damaligen Invasoren richtete sich jeweils gegen eine Unterwerfung, eine direkte bei den Briten, eine indirekte bei den Sowjets. Der erfolgreiche Widerstand heute richtet sich aber gegen Invasoren, welche die Afghanen rasch von der Zwangsherrschaft der Taliban befreit haben, viel Aufbauhilfe leisten und nicht anders können als das Land möglichst bald wieder in die Selbständigkeit zu entlassen. Ferner blieben die Truppen der Koalition bisher erfolglos, obschon sie einschließlich der US-Söldner über eineinhalb mal so stark wie die sowjetischen (mindestens 192⁵⁰ zu 120⁵¹ Tausend) und technologisch besser ausgerüstet sind.

Wenn nun trotz eines sehr großen personellen und finanziellen Aufwandes für den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau der Widerstand alles Erreichte wieder zunichte zu machen droht, hat man sich dann vielleicht eine unlösbare Aufgabe gestellt? Nein, wahrscheinlich war sie lösbar. Denn in Erlebnisberichten aus früherer Zeit erscheinen Afghanen als sehr gastfreundlich, auch „ungläubigen“ Fremden gegenüber, wenn sie sich wie Gäste verhielten. Ein intimer Kenner Afghanistans (Reinhard Erös) erinnert auch daran, wie frei und gefahrlos man sich in den ersten Jahren nach der Befreiung von der Herrschaft der Taliban als Soldat, Journalist oder Aufbauhelfer im Land bewegen und mit den Einheimischen beim Tee ins Gespräch kommen konnte.⁵² Der dramatische Umschwung wird also, abgesehen von den wiedererstarkten Taliban und einer desolaten Zentralregierung (McChrystal: Machtmißbrauch oben, Korruption unten, dazu bürokratische Unfähigkeit) auch damit zu tun haben, daß die Fremden einiges ungeheuer falsch gemacht haben.

49 WELT v. 16.09.09, S. 3

50 Soldaten: Wikipedia: War in Afghanistan; Söldner 3/2009: 68 197 gem. dem Congressional Research Service v.13.08.09 „Department of Defense Contractors in Iraq and Afghanistan“, über: [crs.gov/DoD Contractors](http://crs.gov/DoD_Contractors)

51 [state.gov Afghanistan](http://state.gov/Afghanistan)

52 Süddeutsche Zeitung v. 20.08.09, S. 2

Aufstandsbekämpfung – Ist und Soll

Zunächst sei untersucht, wie Militär und Polizei vorgehen, und was erforderlich wäre, um die Aufständischen ausschalten oder ihre Handlungsmöglichkeiten beschränken zu können. Dabei werden die fremden Truppen – die ISAF (International Security Assistance Force) und die OEF-A (US-geführte Operation Enduring Freedom Afghanistan, die vor allem einen Kampfauftrag hat) – als Koalitionstruppen bezeichnet, ob schon sie getrennt geführt werden; in den Stärkeangaben sind sie addiert; über die OEF-A gibt es wenig Informationen, doch ist anzunehmen, daß die Aussagen über die ISAF auch für sie gelten, für ihre Kampfführung sogar in noch krasserer Form. Die Afghanische Nationale Armee wird als ANA bezeichnet, die afghanische Polizei als Polizei, beide zusammen als afghanische Sicherheitskräfte. Taliban und mit ihnen mehr oder weniger verbundene Kräfte werden auch Aufständische genannt.

Der Krieg gegen das von Taliban beherrschte Afghanistan war mit deren Vertreibung beendet. Seitdem befinden sich die Invasoren in einem befreundeten Land, in dem sie weiterkämpfende Kräfte der Taliban, der al Kaida und anderer Aufständischer im Kampfeinsatz ausschalten und die Bevölkerung vor ihnen schützen wollen. Beides erforderte grundsätzlich polizeiähnliches Handeln, das bei der Bekämpfung von und dem Schutz vor Verbrechern zumindest der Erhaltung von Leib und Leben der unbeteiligten Bevölkerung absoluten Vorrang gibt, auch wenn die Aufständischen oft eher durch Vernichtung als durch Gefangennahme – der polizeilichen Festnahme entsprechend – auszuschalten sei mögen.

(**Exkurs:** Unter diesem Gesichtspunkt ist es vertretbar, den Militäreinsatz nicht als Krieg zu bezeichnen. Da allerdings die Soldaten unter kriegsgleichen Bedingungen handeln müssen, ist es Unrecht, daß deutsche Soldaten sich dafür nach (Friedens-)Strafrecht zu verantworten haben. Sie sind nämlich nach dem Humanitären Völkerrecht auch in diesem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt Kombattanten, die zu Kriegshandlungen berechtigt sind und nur für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden können.)

Der Grundsatz eines die Zivilbevölkerung schonenden polizeiähnlichen Handelns wurde und wird unter den vorherrschenden Bedingungen eines Guerillakriegs im Kampfeinsatz häufig verletzt: Die Bevölkerung erlitt und erleidet „Kollateralschäden“ in erheblichem Umfang, entweder bewußt in Kauf genommen oder durch Fehleinschätzungen. (McChrystals Bestätigung weiter unten.) Hinzu kommt brutale Willkür der vielen US-Söldner, des Personals privater Sicherheitsunternehmen / Private Security Contractors.⁵³ (McChrystal erwähnt sie nur einmal: Sie sollen in die

53 humanrightsfirst.org

Belehrung einbezogen werden, wann und wie tödliche Gewalt eingesetzt werden darf.) Daß unter diesen Bedingungen die Bevölkerung eher zu den ihr ethnisch näher stehenden und auch Zwangsmittel einsetzenden Aufständischen neigt, als zu den fremden Koalitionstruppen, die sie meist nicht nachhaltig schützen, ist sehr verständlich.

Selbstmordattentäter

Die ISAF, deren Mandat „Helfen, Vermitteln, Schützen und Kämpfen“ lautet, die also nur kämpfen soll, wenn es unumgänglich ist, erfüllt auch ihren Schutzauftrag nicht so, wie es erforderlich wäre. Das erst um die 30 Jahre alte Phänomen der Selbstmordattentäter mit Sprengstoff hat den Kampf gegen die Aufständischen wesentlich erschwert: Ein Selbstmordattentäter läßt sich nicht mehr durch Gefahr für Leib und Leben abschrecken, er kann nach einem durchgeführten Attentat nicht mehr gefaßt und zur Erkenntnisgewinnung über den Gegner genutzt werden. Besonders einschneidend: weil fast jeder Mensch ein Selbstmordattentäter sein könnte, kann der Kontakt zur Bevölkerung ein tödliches Risiko sein. Da die Koalitionstruppen das Risiko eigener Verluste weitestgehend ausschalten wollen, nicht zuletzt, weil es politisch gefordert ist, beschränkt sich der „Kontakt“ zur Bevölkerung zumeist nur auf die Demonstration von Präsenz: Patrouillengänge in Gruppenstärke und Patrouillenfahrten, vorwiegend in gepanzerten Fahrzeugen. Da einheimische Kraftfahrzeuge, bespannte Wagen, selbst Esel mit Sprengstoff eines Selbstmordattentäters bestückt sein können, werden sie von motorisierten Militärpatrouillen unter Schießandrohung oft rücksichtslos in den Straßengraben gedrängt, oder sie werden an kritischen Punkten an der normalen Fahrt gehindert und bei Nichtbeachtung einer Warnung beschossen, wobei mehrfach Unschuldige getötet wurden. Dies alles hat zur Folge, daß Koalitionstruppen zum Teil mehr als Bedrücker, denn als Helfer und Beschützer in Erscheinung treten. (McChrystal: „Besorgt um den Schutz unserer eigenen Kräfte, haben wir in einer Weise gehandelt, die uns – physisch und psychologisch – vom Volk entfernt, das wir zu schützen suchen. ... Wenn ISAF-Kräfte sogar durch sicherste Gebiete geschützt in Panzerfahrzeugen fahren, mit schußsicheren Westen und gefechtsbereit, dann vermitteln sie der Bevölkerung das Gefühl von Gefahr und Angst. Die ISAF kann nicht erwarten, daß unbewaffnete Afghanen sich sicher fühlen, bevor schwerbewaffnete ISAF-Kräfte es tun. Sie kann keinen Erfolg haben, wenn sie nicht willens ist, das Risiko wenigstens im gleichen Maße mit der Bevölkerung zu teilen.“) Dazu paßt, daß auf einem Video über die Ausbildung afghanischer Soldaten die US-Ausbilder inmitten ungeschützter Afghanen Schußwesten tragen.⁵⁴

54 time.com: Afghanistan Exit Strategy v. 14.08.09

Truppe in Stützpunkten – Taliban überall

Um das Leben der Soldaten bestmöglich zu schützen, leben die Koalitionstruppen nicht in Ortschaften unter der Bevölkerung, sondern von ihr isoliert in gesicherten Stützpunkten. Den Schutz der Bevölkerung können sie so natürlich nicht wahrnehmen, wie das Beispiel des deutschen Lagers Kundus im Norden Afghanistans deutlich zeigt⁵⁵: In einem Distrikt um den Ort Chahar Darreh unweit von Kundus herrschen die Taliban. Sie verlangen Steuern, Mädchenschulen werden vorsorglich geschlossen. Sie wurden seit April 2009 schon mehrmals bekämpft und im Juli von 300 deutschen, 800 afghanischen Soldaten und 100 afghanischen Polizisten in der Operation *Adler* 10 Tage lang angegriffen. Sie erlitten Verluste, tauchten unter oder flohen. Danach zogen die Truppen wieder ab – und am Tag darauf waren die Taliban wieder zurück. Jetzt zeigen sie sich bewaffnet auch tagsüber⁵⁶, sie liefern der Kampftruppe der Bundeswehr schwere Gefechte⁵⁷ und attackieren sie zunehmend, wie fast täglich aus den Medien zu entnehmen ist. Aus Beschützern und Jägern sind anscheinend tödlich bedrohte Gejagte geworden.

Aufständische schwer zu fassen

Die Aufständischen kämpfen wie Partisanen, d. h., wo, wann und solange sie wollen, weil sie schon siegreich sind, wenn sie nicht verlieren. Werden sie nicht eingekesselt und dann vernichtet oder gefangengenommen, weichen sie aus, im Süden und Osten auch bis in pakistanische Stammesgebiete, wo sie weitgehend in Sicherheit sind. Nach Medienberichten und Internet-Videos zu urteilen, werden sie aber nicht eingekesselt, sondern mit gepanzerten Einheiten bekämpft, die Stunden brauchen (z. B. 14 Stunden für 70 km in einem Internet-Video über britische Truppen), bis sie die Aufständischen angreifen können. Diese sind so natürlich nicht zu überraschen. Zur überraschenden Einkesselung müßte Infanterie per Hubschrauber angelandet werden. Fehlen dazu die Mittel? Verzichtet man darauf, weil dann der Schutz gepanzelter Fahrzeuge fehlt? Könnten die gepanzerten Fahrzeuge zur Bekämpfung nicht nachgeschoben werden, wenn die Aufständischen erst einmal „festgenagelt“ sind? (McChrystal macht hierzu keine Aussage.)

Aber selbst eingekesselte Aufständische, die den Kampf aufgegeben und sich in Siedlungsgebieten unter die Bevölkerung gemischt haben, sind schwer zu fassen. Die Bevölkerung wird sich hüten, auf sie zu zeigen, wenn sie weiß, daß sie später schutzlos der Rache der Aufständischen ausgeliefert ist. Denn die Koalitionstruppen und die ANA ziehen nach Abschluß der Operation wieder ab, und die vielleicht eingesetzte zu schwache und/

55 Preußische Allgemeine Zeitung v. 08.08.09 und Internet

56 WamS v. 13.09.09, S. 10

57 WELT v. 16.09.09, S. 3

oder unwillige Polizei bietet keinen Schutz. So werden nicht nur Aufständische, sondern auch andere Männer als Verdächtige festgenommen. Wie soll, einmal festgenommen, ein Nicht-Taliban seine Unschuld beweisen? Wahrscheinlich ist dies auch ohne Folterung eine schlimme Tortur, die, selbst wenn sie zur Freilassung führt, auch den Unschuldigsten (und seine Sippe!) nicht gerade für das „neue“ Afghanistan einnehmen wird. (McChrystal: Die Gefangenen müssen schneller ein rechtliches Verfahren erhalten, das Unschuldige schont; gefangene Aufständische müssen reintegriert werden.)

Wenige erfolgreich gegen viele – warum?

Die Zahl der Aufständischen liegt bei etwa 200–300 der al Kaida, 7000–10.000 Taliban, 5000–10 000 der usbekischen islamischen Bewegung und 2000 anderer Widerstandsbewegungen. Darüber hinaus schätzt man in Pakistan 30.000 Taliban.⁵⁸ Der afghanische Innenminister schätzt 10.000–15.000 Taliban in Afghanistan. Offenbar sind also die Zahlen sehr vage. Es ist auch nicht klar, wie viele der „Taliban“ Genannten wirkliche Überzeugungstäter sind. Sind es nur 5 %, wie der US-Vizepräsident meint? Sind 95 % nur mehr oder weniger „Zehn-Dollar-Taliban“, wie man die mit täglich 10 Dollar bezahlten Aufständischen bezeichnet, die mit selbstgebastelten Bomben ihre Einkünfte vervielfachen können?⁵⁹ (McChrystal macht dazu keine Angaben.)

Wie dem auch sei, bisher haben die relativ wenigen Aufständischen gegen die mindestens 122.000 Koalitionstruppen⁶⁰ plus rund 70.000 US-Söldner⁶¹ plus ANA und Polizei, deren Gesamtstärke wegen vieler Desertionen (Hörstel) allerdings wohl unter der angegebenen Zahl von 174.000 (McChrystal) liegt, erheblich an Boden gewonnen. Woran liegt das? Aus dem bisher Gesagten sind schon einige Gründe ersichtlich. Wesentlich ist, daß die Aufständischen wie Partisanen agieren und zwar überall dort, wo ihnen der Auftritt nicht unmöglich gemacht wird. Dazu müßte für die Bevölkerung ein verlässlicher Militär- oder Polizeischutz sichergestellt werden. Dies erforderte kampfbereite Präsenz von Sicherheits- oder Koalitionstruppen fast überall in einem Land mit 30 Millionen Menschen, das mit 652.000 km² fast doppelt so groß ist wie die Bundesrepublik Deutschland. Es ist dazu größtenteils von schwierigem, unwegsamem Terrain, das es vielfach nicht zuläßt, mit Landfahrzeugen rasch Kräfte gegen eingesickerte Aufständische einzusetzen; damit ist selbst ein Raumschutz

58 Wikipedia: War in Afghanistan, Stand 17.09.09

59 TIME v. 07.09.09, S. 18 ff. ; time.com: Afghanistan Exit Strategy v. 14.08.09

60 Wikipedia: War in Afghanistan

61 im März 2009: 68 197 Söldner und 52 300 US-Soldaten gem. dem Congressional Research Service v. 13.08.09 „Department of Defense Contractors in Iraq and Afghanistan“, über: crs.gov/DoD Contractors

für kleinere Räume nur teilweise möglich. Schon allein die notwendige flächendeckende Präsenz ist mit den verfügbaren bewaffneten Kräften somit nicht darstellbar. Anscheinend werden nicht einmal in besonders bedrohten Räumen die verfügbaren Kräfte zu einem flächendeckenden Schutz genutzt. Dazu fehlt den Koalitionstruppen die Bereitschaft, Verluste zu riskieren. So ziehen sie sich nach erfolgreicher Bekämpfung von Aufständischen in ihre gesicherten Stützpunkte zurück und lassen die Bevölkerung schutzlos. Für die schlechtbezahlten afghanischen Sicherheitskräfte, die mit über 5000⁶² bisher fast viermal soviel tödliche Verluste wie die Koalitionskräfte erlitten haben, gilt praktisch gleiches. Bleiben Polizisten in Ortschaften, bieten sie, wie schon gesagt, häufig nicht den nötigen Schutz. Um nach Zurückdrängen der Aufständischen die Bevölkerung schützen zu können, forderte der deutsche Regionalbefehlshaber für die Provinz Kundus 2500 Polizisten „Jetzt!“ einzustellen und notfalls aus deutschen Mitteln zu besolden.⁶³ (McChrystal: Das Problem ist das entscheidende Manko der ISAF.)

Todesmut und Kampfdrohnen

Die Selbstmordattentate werden von unseren Politikern als „feige Anschläge“, als „feiger Angriff auf die Demokratie“⁶⁴ verurteilt. Eine seltsame Ausdrucksweise für Todesmutige: „verbrecherisch“, „hinterhältig“ oder ähnliche Adjektive wären treffender, „feige“ träfe höchstens auf die Drahtzieher zu. Doch wie werden Afghanen die Kampfweise der Koalitionstruppen sehen? Zur Verminderung eigener Verluste werden Jabos und Kampfhubschrauber unter Hinnahme vieler „kollateraler“ Opfer unter den Zivilisten (bis zu 200 bei einem Angriff) eingesetzt; mit Kampfdrohnen werden Führer der Aufständischen samt der Familie und anderer Anwesender vernichtet. Ist das mutig? Rund 11.000 bis 31.000 Zivilisten sollen bisher ihr Leben verloren haben.⁶⁵ Die Zahl wird sicher eher beim Maximum oder darüber liegen, weil sich hinter den in derselben Quelle genannten etwa 23.000 toten Aufständischen viele Zivilisten verbergen dürften, wie aus Vietnam bekannt. Obschon in der letzten Zeit die Aufständischen mehr Ziviltote und -verletzte verursachen, gab es insgesamt mehr Opfer durch „US-geführte Luftangriffe und Erdkämpfe (ground fire)“⁶⁶. Können diese Verluste vom Nutzen der Anwesenheit der Koalitionstruppen überzeugen? (McChrystal: „... riskieren wir eine strategische Niederlage, indem wir taktische Erfolge anstreben, die zivile Opfer und unnötigen Kollateralschaden verursachen.“ Es hat höchste Priorität, diese

62 Wikipedia: War in Afghanistan

63 FAZ.NET v. 14.09.09

64 u. a. Bundeskanzlerin, DIE WELT v. 17.08.09)

65 Wikipedia: War in Afghanistan

66 Wikipedia: Civilian casualties of the war in Afghanistan

Verluste zu vermeiden; der Schutz der Bevölkerung ist viel wichtiger als das Vernichten von Aufständischen.)

Asymmetrischer Krieg

Faßt man alles zusammen, so ergibt sich das Bild eines mehrfach asymmetrischen Kriegs: Großenteils moderne, gepanzerte, artilleristisch und von Luftkriegsmitteln unterstützte Koalitions- und Sicherheitskräfte kämpfen gegen relativ wenige, hauptsächlich infanteristisch ausgerüstete Aufständische. Die Aufständischen können in großen Teilen Afghanistans relativ frei agieren, überraschend, auch mit heimtückischen Mitteln, wie Sprengfallen, zuschlagen und überlegenen Gegenkräften ausweichen. Sie leben unter der Bevölkerung, können aber auch beherrschend wirken, ohne ständig präsent zu sein: Es genügt, wenn zu befürchten ist, daß sie wahrscheinlich wiederkommen und die ihnen Zuwiderhandelnden bestrafen. (McChrystal: Sie führen einen ständigen „stillen Krieg der Angst, Einschüchterung, Überzeugung“, so daß vielerorts eine „Schattenregierung“ an der Macht ist.)

Die Aufständischen verfügen außerdem über die Waffe der Selbstmordattentäter, die nicht wie andere Kämpfer abzuschrecken sind und deshalb Sicherungsmaßnahmen erfordern, welche das Leben der Bevölkerung erschweren, teils sogar bedrohen, und den Koalitionstruppen den normalen Umgang mit ihr verwehren. Diese und die Sicherheitskräfte können bisher meist nur auf die Aktionen der Aufständischen reagieren. Um beherrschend zu wirken, müßten sie vor Ort präsent sein, da ihnen im Gegensatz zu den Aufständischen zumindest grundsätzlich versagt ist, durch die Drohung mit Repressalien auch in Abwesenheit Macht auszuüben. Sie sind aber so risikoscheu, daß sie sich weitestgehend von der Bevölkerung abschotten.

Die infanteristisch kämpfenden Aufständischen verursachen seit 2005 mehr zivile Tote als die Koalitionstruppen; diese haben aufgrund ihrer mächtigeren Waffen allerdings insgesamt mehr zivile Opfer verursacht.⁶⁷ (McChrystal: Mehr zivile Opfer durch Aufständische. Deren Gewaltakte haben nur eine unterstützende Funktion: Bloßstellen und Schwächen der Regierung, Anziehen von Mitkämpfern und Geld, Provozieren von Gegenmaßnahmen der ISAF, welche sie der Bevölkerung entfremdet, Unterminieren des Durchhaltewillens in den Ländern der Koalition.)

Die hauptsächliche Asymmetrie, die bisher die Befriedung mit militärischen Mitteln verhindert hat, ist wahrscheinlich diese: Im Kern fanatische, aggressive und risikobereite Aufständische können mit risikobewußten Koalitions- und Sicherheitskräften, die auf technologische Überlegenheit

67 wikipedia.org: civilian casualties Afghanistan

der Waffensysteme statt auf den Infanteriekampf setzen, nicht ausgeschaltet werden. Das wollte offenbar der vorige Oberbefehlshaber der ISAF, US-General David McKiernan, ausdrücken, als er im Spätsommer 2008 in einer Besprechung vor rund 60 Offizieren übertrieben zugespitzt sagte: „Wenn Ihr Deutsche mir ein Regiment der Waffen-SS schicken würdet, die in der Normandie so großartig gegen uns gekämpft hat, hätte ich die Taliban in einer Woche weggefeht!“⁶⁸

Nötige Kräfte und Mittel kaum zu erwarten

Aber solch hingebungsvoll kämpfende Truppen sind wohl nicht zu haben. Selbst wenn die Koalitionstruppen fähig und bereit wären, für die politischen Ziele in einem fernen Land so zu kämpfen, würde ihnen das wahrscheinlich von ihrer politischen Führung verwehrt, weil diese mit Rücksicht auf ihre Wähler sich nur einen Krieg mit wenigen Verlusten leisten können. Anscheinend ist nicht einmal zu erwarten, daß man die Erfolgchancen der Infanteriekräfte dadurch erhöht, daß sie durch mehr Hubschrauber besser befähigt werden, die Aufständischen zu überraschen. (McChrystal nennt keine Forderung hierzu, möglicherweise, weil ihm der Schutz der Bevölkerung vor dem „stillen Krieg“ der Taliban wichtiger ist, als deren Bekämpfung.)

Die diskutierte Ausstattung der Bundeswehr mit Panzern oder stärkerer Artillerie kann nichts zur Lösung der militärischen Schwierigkeiten in Afghanistan beitragen. Gegen Aufständische, die wie Partisanen kämpfen, helfen weder Panzer noch Artillerie, es sei denn, man nähme noch mehr Tote unter der Bevölkerung in Kauf. Das gilt auch für den Einsatz von Kampfdrohnen.

Die Lösung, durch erdrückende Präsenz in der Fläche Befriedung zu erzielen, ist wahrscheinlich ebenfalls politisch nicht zu haben, weil sie die Bereitschaft erforderte, höhere Verluste bei den Koalitionstruppen zu ertragen sowie diese und die afghanischen Sicherheitskräfte erheblich zu verstärken. Der immense Umfang der für erforderlich erachteten Verstärkung läßt sich aus der Beurteilung McChrystals ermesen: Kräfte und Mittel seien in Afghanistan schon immer zu schwach gewesen und hielten mit dem wachsenden Aufstand nicht Schritt – „was immer schon ein Rezept für den Mißerfolg einer Aufstandsbekämpfung war“. Deshalb sei ein „Sprung“ (jump) nötig. Er fordert mehr Koalitionstruppen, ohne Zahlen zu nennen. Aber die Polizeikräfte will er rasch von derzeit 84.000 auf 160.000 gebracht haben, die ANA von jetzt 92.000 auf etwa 240.000. Obama hatte im März 2009 etwa 260.000 in fünf Jahren gefordert.⁶⁹

68 Preußische Allgemeine Zeitung v. 14.02.09, S. 2; die „Süddeutsche hatte nur gemeldet, er habe „mehr Truppen mit besseren militärischen Fähigkeiten“ von den Deutschen gewünscht.

69 wikipedia.org: Afghan National Army

Was könnte sonst noch helfen?

In dieser Lage lassen sich nur Lösungsansätze finden, wenn man bereit ist, ohne Scheuklappen zu fragen und neue Überlegungen anzustellen.

Daß die Talibanherrschaft anfangs so rasch beseitigt wurde, lag sicherlich nicht nur an militärischer Übermacht, sondern auch daran, daß das Volk trotz seiner Vielfältigkeit darin übereinstimmte, gegen die Taliban seine traditionelle Freiheit wiederzugewinnen. Dann wurden erhebliche Kräfte und Mittel für den zivilen Aufbau des Landes eingesetzt, auch viel für die Freiheit und Bildung allgemein und besonders von Mädchen und Frauen erreicht, worauf ein intimer Kenner Afghanistans hinweist.⁷⁰ Woran liegt es aber, daß nun die Aufständischen, voran die Taliban, weitgehend wieder die Übermacht gewinnen? Hätten sie nur in Gebieten Erfolg, wo schon lange Kampfeinsätze der Koalitionstruppen mit vielen Opfern Unbeteiligter stattfinden, ließe sich möglicherweise schon mit rücksichtsvollerem militärischen Vorgehen wieder Boden gewinnen. Doch da sie auch im Raum Kundus, wo es lange keine Kämpfe und kaum zivile Tote gab, drohen beherrschend zu werden, wird es auch andere Gründe geben. Könnte es sein, daß die Taliban nicht nur taktisch geschickt und brutal sind, sondern auch Positives zu bieten haben? Werden vielleicht die Taliban als Schiedsrichter⁷¹ angenommen, weil sie unbestechlicher, gerechter sind als die Vertreter des Karsai-Regimes? Diese Frage drängt sich auf, weil es eine traurige Erfahrung ist, daß die von den USA gestützten Regime sich meist durch mehr Korruption auszeichnen als ihre aufständischen Gegner. Hat nach 30 Jahren Krieg die Bevölkerung allgemein vom neuen Regime und den Fremden zu wenig Positives erfahren, für das es sich lohnte, den Aufständischen Widerstand entgegenzusetzen? Gibt es dann überhaupt noch eine Chance, dies Versagen wiedergutzumachen?

Hilft ein Aufstocken der Koalitionskräfte? Oder wird nicht jede Aufstockung, sofern man nicht zum riskanteren flächendeckenden Schutz bereit ist, seitens der Aufständischen mit viel geringerem Mehraufwand an Kräften zu konterkarieren sein? Setzt man nämlich die oben genannten Zahlen der Aufständischen zu denen der Koalitions- und Sicherheitstruppen ins Verhältnis, so zeigt sich, daß die Aufständischen schon beim jetzigen Verhältnis von höchstens 1:20 erfolgreich sein können, d. h., 20.000 zusätzliche Koalitionskräfte erforderten nur 1000 mehr Aufständische, welche bei deren jetzigen Erfolg unschwer zu gewinnen sein dürften.

Viel wichtiger als Verstärkung können aber die Direktiven sein, die McChrystal zum Schutz und zum Gewinnen der Zivilbevölkerung bis

70 Reinhard Erös in: Süddeutsche Zeitung v. 20.08.09, S. 2

71 TIME v. 07.09.09, S. 18 ff.

Ende August erlassen hat⁷²: „... Luftangriffe gegen Wohnsiedlungen ..., bei denen zivile Opfer wahrscheinlich sind ... (sind) zu begrenzen ... den durch direkte Luftunterstützung erzielten Gewinn gegen die Kosten ziviler Opfer abwägen, die ... das afghanische Volk gegen uns aufbringen.“ Nur afghanische Sicherheitskräfte sollten in private Häuser eindringen. „Keine ISAF-Truppen werden in eine Moschee oder einen anderen religiösen oder historischen Ort eindringen oder darauf schießen, außer in Selbstverteidigung.“ Nur afghanische Sicherheitskräfte dürften solche Orte durchsuchen. „Verdient euch die Unterstützung der Menschen, und der Krieg ist gewonnen, unabhängig davon, wieviel Militante getötet oder gefangen werden ... wir müssen anders denken und handeln, um Erfolg zu haben. ... Wir müssen die Menschen verstehen und ... durch ihre Augen sehen. Es sind ihre Ängste, Frustrationen und Erwartungen, die wir ansprechen müssen ... Wir werden den Afghanen zum Sieg verhelfen, indem wir sie sichern, sie vor Bedrohung, Gewalt und Mißbrauch schützen, und indem wir in einer Art und Weise operieren, die ihre Kultur und Religion respektiert.“

Diese Forderungen bestätigen noch einmal, wie dumm und rücksichtslos die Koalitionstruppen bisher großenteils gehandelt haben müssen, aber er macht Hoffnung auf grundlegende Besserung, zu der, den Worten der Weisungen entsprechend, nicht zuletzt auch eine flächendeckend schützende Präsenz der Koalitionstruppen gehören müßte. Werden die Koalitionstruppen sich auf dieses Risiko einlassen, werden sie es politisch dürfen?

Ließe sich aber nicht mit Geld, unter Umgehung der korrupten Zentralregierung, gegen die Aufständischen wieder Boden gewinnen? Es gibt wohl eine alte Weisheit, die etwa sagt: In Afghanistan kommt man mit einem Packesel voll Gold weiter als mit einer ganzen Armee! Der Autor des oben angeführten Artikels in time.com meint, angesichts allein der US-Kosten für den Afghanistan-Einsatz von täglich 133 Millionen Dollar, solle man doch die „Zehn-Dollar-Taliban“ mit täglich 20 Dollar herauskaufen (buy off), was bei 15.000 Taliban mit nur 300.000 Dollar pro Tag erheblich billiger wäre. Dies sei im Irak erfolgreich gewesen, indem das US-Militär 100.000 sunnitischen Aufständischen monatlich je 300 Dollar zahlte, um den Kampf einzustellen – eine Million pro Tag, soviel wie ein einziges minen- und hinterhaltgeschütztes Fahrzeug (MRAP) kostet, von dem über 10.000 im Irak und in Afghanistan eingesetzt seien. Falls sich dies in Afghanistan so nicht durchführen läßt, weil die Aufständischen dort keine geschlossene Gruppe repräsentieren, kann man dann nicht versuchen, die „Zehn-Dollar-Taliban“ durch ein besseres Angebot als Kämpfer auf seine Seite zu ziehen? (McChrystal: „Die ISAF benötigt ein ... Programm, um geeignete Aufständische wirklich anzuregen, den Kampf aufzugeben ..., möglicherweise einschließlich Anstellungs- und Schutzmaßnahmen.“)

72 WELT v. 08.09.09, S. 7

Damit könnte man einen Fehler der Vergangenheit vielleicht zum Teil kompensieren. Plausibel ist nämlich ein Zusammenhang zwischen der Auflösung der afghanischen Milizkräfte aus der Nordallianz, mit der die Taliban verjagt wurden, im Jahre 2006⁷³ und dem Erfolg der Aufständischen. Bis zu ihrer Auflösung waren diese irregulären Kräfte, auch Afghan Security Forces genannt, wegen ihrer örtlichen Verwurzelung und Guerillakriegserfahrung als Aufklärer, Bewacher, Konvoi-Sicherer und Kämpfer eine unschätzbare Hilfe für die Koalitionskräfte, „oft ... entscheidend für Erfolg oder Fehlschlag einer Operation“. Ihre Auflösung lag am Mißtrauen der afghanischen Regierung und der US-Army (in deren Vorschrift zur Aufstandsbekämpfung die irreguläre Kriegführung nur zweimal erwähnt wird) gegenüber nicht gänzlich kontrollierbaren Irregulären – eine Einstellung, die den vermehrten Einsatz von US-Söldnern merkwürdigerweise nicht verhindert, obschon diese anscheinend fast völlig unkontrolliert agieren.⁷⁴ Durch die Auflösung wurden wahrscheinlich sehr wertvolle Kämpfer nicht nur verjagt, sondern wohl auch zu den Aufständischen getrieben. Statt dessen soll aus stärkstens ethnisch-, stammes- und clanbestimmten Menschen eine weitgehend „national“ zusammengewürfelte Armee formiert werden.⁷⁵

Die Afghanische Nationalarmee hat sieben Jahre nach ihrer Gründung anscheinend noch keine besondere Schlagkraft – ein bedenkliches Phänomen. In einem Land mit uralter kriegerischer Tradition, in dem irreguläre Kämpfer auch in den letzten 30 Jahren triumphiert haben, gelingt es nicht, auf Regierungsseite adäquate Kräfte zu formieren. Statt die Ausbildung für den jetzigen Guerillakrieg in erster Linie einheimischen ehemaligen Irregulären anzuvertrauen, übergibt man sie fremden, vorwiegend amerikanischen Soldaten, die mentalitätsmäßig, sprachlich, landeskundlich und vom guerillataktischen Know-how dazu nicht gerade besonders geeignet sind. (McChrystal bestätigt das für die ISAF allgemein.) Es heißt wohl zu Recht: Afghanen sind nur durch Afghanen zu besiegen. Deshalb muß man alles daransetzen, daß afghanische Soldaten auch zu afghanischen Kriegern werden – nicht westliche Marionetten.

Die afghanischen Soldaten und Polizisten werden viel schlechter besoldet als die „Zehn-Dollar-Taliban“, außerdem unregelmäßig.⁷⁶ Es fehlt damit die Grundlage für Qualität, Einsatzwillen und Unbestechlichkeit. Eine adäquate Besoldung, auch wenn sie die Kosten vervielfacht, sollte also hohe Priorität genießen. Wenn z. B. Deutschland als großes Geberland am 8.10.2008 einmal 10 Millionen Euro in einen internationalen Trustfonds für die Polizeibesoldung zahlt, dann kann man sich ausrechnen, daß hier höchstwahrscheinlich am falschen Ende gespart wird. Wenn die

73 cannoneerno4.wordpress.com/2008/05/11

74 humanrightsfirst.org

75 mod.gov.af; wikipedia.org: Afghan National Army

76 u.a. cannoneerno4.wordpress.com/2008/05/11

afghanische Regierung trotz der internationalen Geldzuflüsse das Problem nicht lösen will, könnte sie vielleicht mit der Drohung dazu gezwungen werden, die Koalitionskräfte heuerten sonst irreguläre Kräfte an. Wenn sie es mangels Masse wirklich nicht lösen kann, dann müssen die engagierten Staaten die Gelder aufbringen, um eine Chance zu erhalten, die Aufgabe der Befriedung den Afghanen zu übergeben.

Wäre es nicht eine gute Investition, die Ortschaften und Provinzen mit Geld zu belohnen, die sich frei von Aufständischen halten? Sie könnten es z. B. dadurch beweisen, daß dort sich keine Taliban frei bewegen und als Schiedsrichter gegen Bezahlung auftreten⁷⁷, Burkas weitgehend verschwinden und Mädchen zur Schule gehen können. Dies wäre eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß sich die Aufständischen nicht mehr durch Kidnapping, Schutzgeld- und Abgaben-Erpressung von Unternehmen und kleinen Geschäften finanzieren können – was mehr einbringt als der Drogenhandel. Zur Zeit partizipieren die Aufständischen sogar an den Geldern für den Wiederaufbau durch die Zwangsabgaben von Unternehmen, welche aus internationalen Töpfen bezahlt werden.⁷⁸

Kann man ferner nicht die Ortschaften und Kreise so an der Aufbauarbeit beteiligen, daß sie das Erreichte als ihr Eigenes betrachten und deshalb auch verteidigen? Der oben angeführte TIME-Artikel zitiert einen Berater des afghanischen Innenministers entsprechend: „Wenn man eine Schule haben will, dann lasse man die Menschen am Ort die Schule bauen. Will man eine Straße bauen, so beteilige man örtliche Arbeitskräfte. Es mag bequemer sein, die Taliban zu bezahlen, und auch schneller. Aber die örtliche Gemeinschaft wird das beschützen, was sie selbst gebaut hat.“ (Mc Chrystal: Die ISAF kann zusammen mit den zivilen Partnern der örtlichen Wirtschaft helfen, was die Aufständischen nicht können.)

Kann nicht auch aus dem Mohnanbau, statt ihn zu zerstören und die Bauern zu verbittern, ein Projekt der Hilfe zur Selbsthilfe werden? Der europäische, in Afghanistan seit Jahren tätige *International Council on Security and Development (ICOS)* empfiehlt z. B. ein Projekt „Mohn für Medizin“. Es sieht vor, unter örtlicher Autorität, die größer ist als die Kabuls, von der Mohnpflanze bis zur Tablette etwa Morphinum produzieren zu lassen, an dem weltweit vielerorts Mangel herrscht.⁷⁹

Auch aus den Erkenntnissen über die unterschiedlichen Aufstandsgruppen sollten Lösungsansätze zu finden sein. Wo kann man ansetzen, wenn sie tatsächlich nur das gemeinsame Ziel verbindet, die fremden Truppen zu vertreiben?⁸⁰ Wie sind die Taliban bei den anderen Aufständischen

77 TIME v. 07.09.09, S. 18 ff.

78 TIME v. 07.09.09, S. 18 ff.

79 WamS v.16.08.09, S. 6

80 TIME v. 07.09.09, S. 18 ff.

angesehen? Wie kann man mit einzelnen oder mehreren Gruppen einen Modus vivendi finden? Wie lassen sie sich gegen die rein kriminellen Gruppen einsetzen?

Dies sind nur einige von vielen Überlegungen, die zu Neuansätzen zur Befriedung und zum Aufbau eines für den Abzug fremder Truppen stabilisierten Afghanistans führen können.

Rettung noch möglich?

Sind wir also in Afghanistan doch noch zu retten? McChrystal, der zwar erst seit Mitte Juni Oberbefehlshaber der ISAF ist, aber davor als Kommandierender General des Joint Special Operations Command fast fünf Jahre Erfahrung aus Afghanistan und dem Irak mitbringt, sagt in seiner Beurteilung der Lage tapfer: Ja! Hier eine Zusammenfassung seiner wichtigsten Aussagen:

Der Aufstand ist zäh, und er wächst. Die Lage ist „einzigartig komplex“: Drei islamistische afghanische Gruppen mit Führern in Pakistan, unterstützt von ausländischen Kämpfern (u. a. Araber, Tschetschenen), dazu al Kaida, kämpfen lose koordiniert, teils zusammenwirkend um die Machtübernahme in Afghanistan. Eine davon, die „Quetta Shura Taliban“ unter Mullah Omar, hat eine Schatten-Regierungsstruktur etabliert unter dem Namen „Islamisches Emirat Afghanistan“ mit Gouverneuren für die meisten Provinzen und einem System, um Beschwerden gegen ihre Funktionäre nachzugehen; ihre rasch arbeitende, wirksame Scharia-Rechtsprechung erhebt den Anspruch, Sicherheit gegen die korrupte Regierung, die ISAF, Kriminelle und lokale Mächtige zu geben; sie erhebt Steuern, heuert Kämpfer und Arbeiter an. Die anderen Gruppen leben mit diesem System, sehen es aber kritisch. Die Gruppen finanzieren sich aus dem Drogenhandel, über Geldgeber aus Pakistan und den Golfstaaten, aus Geschäften mit Mineralien, durch Schmuggel, durch Erzwingen von Abgaben, andere Kriminalität und Lösegelderpressungen. Deshalb ist die Unterbindung des Drogenhandels kein Allheilmittel.

Die Afghanen haben wenig Vertrauen zu ihrer Regierung und zur Entschlossenheit der Koalition, weshalb sie zögern, sich auf deren Seite zu schlagen, was wiederum die Aufständischen ermutigt. Außerdem: „So gewaltig die Bedrohung sein mag – wir machen das Problem noch schwieriger. ISAF ist eine konventionelle Truppe, die mangelhaft (poorly) auf Aufstandsbekämpfung ausgerichtet und ohne Kenntnis (inexperienced) der örtlichen Sprache und Kultur ist, sowie mit den Problemen (challenges) kämpft, die ein Koalitionskrieg mit sich bringt. Diese wesentlichen Nachteile werden verschärft durch unsere gegenwärtige Einsatz-Kultur (operational culture) und die Art unseres Vorgehens.“

Es geht nicht um den Gewinn von Terrain und die Vernichtung von Aufständischen, sondern darum, das Vertrauen und die Unterstützung der Be-

völkerung zu gewinnen, indem sie vor Zwang und Einschüchterung durch die Aufständischen geschützt wird, was eine ständige Präsenz erfordert. „Mißlingt es, die Initiative zu gewinnen und die Wucht des Aufstands in Bälde (12 Monaten) zu brechen (reverse insurgent momentum) – während die afghanische Fähigkeit zunimmt, Sicherheit zu gewährleisten (while the Afghan security capacity matures) – so besteht die Gefahr, daß der Aufstand nicht mehr niedergeschlagen werden kann (risks an outcome where defeating the insurgency is no longer possible).

Deshalb müssen die Koalitionskräfte raus aus ihren Schutzmauern und Panzerfahrzeugen, sich unters Volk begeben, sich ihrer Nöte annehmen und persönliches Vertrauen aufbauen. „Sobald das Risiko geteilt wird, wird ein wirksamer Schutz der Koalitionskräfte vom Volk kommen, und das Risiko wird tatsächlich vermindert ... Je mehr Koalitionskräfte zu sehen und der Bevölkerung bekannt sind, desto mehr wird die Bedrohung vermindert. ... eine kraftvolle Botschaft von Vertrauen und Normalität ...“ Sie dürfen bei der Bekämpfung der Aufständischen möglichst keine Opfer unter unbeteiligten Zivilisten verursachen und müssen deren Hab und Gut schonen.

„ISAF-Angehörige, Soldaten wie Zivilisten, müssen ein weit besseres Verständnis für Afghanistan und sein Volk erwerben. ... müssen als Gäste, nicht als Besatzungsarmee angesehen werden. Schlüsselpersonal muß in den örtlichen Sprachen unterrichtet werden. Die persönliche Einsatzdauer muß so lang sein, daß Kontinuität und eigener Erfolg erlebt wird. Alle müssen die örtlichen Kulturen und Gebräuche respektieren und geistige Neugierde für das afghanische Volk zeigen.“

„Die ISAF wird ihre verfügbaren Kräfte und Mittel (resources) vorrangig in den kritischen Gebieten einsetzen, wo die Bevölkerung am meisten bedroht ist.“ (MB: Das sollte eigentlich selbstverständlich sein, zielt aber wohl auf die jetzt überholte Forderung, die Bundeswehr auch im Süden einzusetzen.) Außerdem sollen die Koalitionskräfte verstärkt und die afghanischen Sicherheitskräfte fast verdreifacht werden, die ANA zunächst vor allem infanteristisch, ihre Kampfunterstützung und Logistik später.

Die Koalitionskräfte müssen die Aufgabe der „Strategic Communication“ umfassender wahrnehmen und ihre Information mit allen Mitteln aggressiver in die Bevölkerung tragen, um die wichtige Schlacht der Wahrnehmung zu gewinnen.

Die Koalitionskräfte und die internationalen zivilen Aufbauhelfer müssen in einer zivil-militärischen Aufstandsbe kämpfungs-Kampagne (civilian-military counterinsurgency campaign) Regierung, Verwaltung, Rechtsprechung und Strafvollzug (in dem Aufständische, mit anderen Straftätern gemischt, Mitkämpfer werben und Anschläge planen können) dazu bringen, zum Wohle und für die Sicherheit der Bevölkerung zu wirken.

„Es ist entscheidend, daß die afghanische Regierung und ihre Sicherheitskräfte über die nächsten 12 bis 18 Monate einen vorzeigbaren Fortschritt in der Aufstandsbekämpfung machen, um das Engagement und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft weiter zu erhalten.“

Außerdem sind wichtige Änderungen und Erweiterungen in der militärischen Struktur und der zivil-militärischen Zusammenarbeit erforderlich. Es wird ein operatives ISAF Joint Command unterhalb des COMISAF (Oberbefehlshaber ISAF) geschaffen.

Alles steht unter der Zielsetzung, daß „letztlich die Afghanen den Aufstand besiegen müssen“.

Zum Erfolg fehlt die Zeit

McChrystal beurteilt die Lage ungeschminkt, ist allerdings etwas vollmundig in seinen Erfolgsprognosen für beabsichtigte oder geforderte Maßnahmen. Diese wären in der Tat sehr geeignet, die Lage zum Besseren zu wenden, wenn nicht das Wichtigste fehlte – die Zeit. Er selbst schätzt, daß die Initiative innerhalb nur eines Jahres zurückgewonnen werden muß. Aber allein bis zu seinem konsequenten Umdenken waren einige Jahre nötig. Das Umdenken in die Köpfe der Koalitionstruppen zu bringen und in die Praxis umzusetzen, wird (zumal mit den Friktionen einer neuen Kommandostruktur) sicher mehr als ein Jahr dauern – wenn das damit verbundene Risiko höherer Verluste politisch überhaupt akzeptiert wird. Denn so richtig es wahrscheinlich ist, daß größere Risikobereitschaft letztlich zu weniger Verlusten führt, so gering wird die Bereitschaft sein, die Anfangsverluste zu tragen. Truppen mit dem bisherigen Verhalten werden nicht in kurzer Zeit persönliches Vertrauen aufbauen können, zumal die Soldaten immer nach wenigen Monaten ausgetauscht werden; genügend längere Einsatzzeiten werden sich kaum, jedenfalls nicht kurzfristig, durchsetzen lassen. Die afghanischen Sicherheitskräfte, die nach sieben Jahren Aufbau noch sehr schwach sind, können nicht in kurzer Zeit so wirksam werden, daß sie in der Aufstandsbekämpfung vorangehen; ein rascherer großer, nicht organischer Ausbau wird sie zu Kanonenfutter machen; viele werden deshalb desertieren. Das durch Machtmißbrauch, Korruption und Unfähigkeit gekennzeichnete afghanische Regime läßt sich nicht von außen in Ordnung bringen und mit Autorität versehen. Es gilt wahrscheinlich auch hier das Wort von Präsident Daud Khan (1973–78), der (wohl einem Repräsentanten der Sowjetunion) gesagt hat⁸¹: „Wir werden Ihnen niemals erlauben, uns vorzuschreiben, wie wir unser Land zu führen und wen wir in Afghanistan zu beschäftigen haben. Wie und wo wir ausländische Experten einsetzen, bleibt das ausschließliche Vorrecht des afghanischen Staates. Afghanistan wird arm bleiben, wenn nötig, aber frei im Handeln und Entscheiden.“

81 afghan-web.com

Letztlich ist für den Erfolg eine Regierung notwendig, die mit Karsai nicht zu haben ist: Die Regierung eines Präsidenten, der nicht nur wie er „seine Günstlinge überall im Staatsapparat bis hinunter auf Distriktebene plaziert“⁸², sondern nach afghanischem Maßstab tatsächlich Autorität hat, weil er es versteht, die unterschiedlichen regionalen Machtstrukturen einzubinden und zum Wohle des Ganzen zu nutzen, so wie es früher Emire und Könige getan haben. Wie wichtig dies auch heute noch ist, zeigte die Große Ratsversammlung (Loja Dschirga) von 2002 mit über 1500 Delegierten zur Einsetzung der Übergangsregierung und zur Wahl der Abgeordneten für die verfassungsgebende Loja Dschirga von 2003. Die dort anwesenden Notabeln demonstrierten die komplizierten Machtverhältnisse in einem Land, in dem Zentralismus ein Sprengsatz ist.

So bleibt es, wenn nicht ein Wunder geschieht, bei einer Entwicklung, die auch den sowjetischen Mißerfolg in Afghanistan besiegelte, wie sie das US-Außenministerium beschreibt⁸³: „Nach der Invasion war das Karmal-Regime, obschon von 120.000 Mann sowjetischer Truppen unterstützt, nicht in der Lage, seine Macht außerhalb Kabuls zu etablieren. Bis zu 80 % des Landes, einschließlich von Teilen Herats und Kandahars, entzogen sich der Kontrolle der Regierung. ... Afghanische Freiheitskämpfer (Mudschahedin) machten es dem Regime fast unmöglich, die Regierungsgewalt außerhalb größerer Städte auszuüben. ... Das Versagen der Sowjetunion, eine bedeutende Anzahl afghanischer Kollaborateure zu gewinnen, oder eine lebensfähige afghanische Armee wiederaufzubauen, zwangen sie, zunehmend die Verantwortung für die Widerstandsbekämpfung und für die zivile Verwaltung zu übernehmen.“

McChrystal selbst verrät in seiner Lagebeurteilung mit einigen Sätzen die traurige Quintessenz: „Obschon die Lage ernst ist, läßt sich ein Erfolg immer noch erreichen. (While the situation is serious, success is still achievable.)“ „Die Lage ist ernst; weder Erfolg noch Mißerfolg kann man als gegeben ansehen. (The situation in Afghanistan is serious; neither success nor failure can be taken for granted.)“ „Es sind bedeutende Fortschritte erzielt worden, jedoch deuten viele Anzeichen darauf hin, daß sich die Gesamtlage trotz beträchtlicher Anstrengungen der ISAF verschlechtert. (Important progress has been made, yet many indicators suggest the overall situation is deteriorating despite considerable effort by ISAF.)“

Nach diesen Eingeständnissen eines Oberbefehlshabers, der mit aller Macht Erfolg haben will, steht also zu erwarten, daß für „den Westen“ auch dieser asymmetrische Krieg verlorengeht, wie alle seit 1945⁸⁴, mit

82 Christoph Reuter in dem sehr plastischen Lagebericht im „Stern“ v. 17.09.09: Raus aus Afghanistan – aber wann und wie?

83 state.gov Afghanistan

84 Interview Martin van Creveld in: JUNGE FREIHEIT v. 14.08.09

Ausnahme des Kampfes in Nordirland, weil die Briten über lange Zeit bereit waren, „mehr eigene Opfer zu verkräften, als sie der IRA zugefügt haben“, was die ISAF-Koalition nicht wird nachmachen können. „Der Westen stößt an seine Grenzen, militärisch, politisch und kulturell. Er ist nicht das Imperium Romanum, dem die zivilisierende Unterwerfung entfernter Provinzen gelingen konnte. Dazu fehlt es dem Westen an Kraft und Glaubwürdigkeit.“⁸⁵

Rettung durch geordneten Rückzug

Es heißt, ein Verbleib der Nato in Afghanistan sei notwendig, um zu verhindern, daß Pakistan im Chaos versinkt und seine Atomwaffen in die Hände der Taliban fallen, oder um anderen Mächten den Griff auf Afghanistan zu verwehren. Diese Gefahren erwähnt McChrystal nicht. Aber selbst, wenn es sie geben sollte, ein Verbleib sichert bei der gegebenen Entwicklung der Lage gar nichts – er macht Pakistan eher noch instabiler.

Also kann es nur darum gehen, schnellstmöglich die zweitbeste Lösung zu finden: Abzug vor einer totalen Niederlage – möglichst vorteilhafter als in Vietnam. Man sage nicht, der Gesichtsverlust eines Abzuges sei untragbar – er ist schon eingetreten und kann nur noch schlimmer werden. Aus einer potentiell geostrategisch nutzbaren Position ist eine kräfteverzehrende Falle geworden. Ein weiterer Einsatz ist nur damit zu rechtfertigen, Zeit für das Finden von Wegen und Partnern für eine Abzugslösung zu gewinnen. Dabei sollte man mit möglichst vielen der von McChrystal beabsichtigten und der anderen oben genannten möglichen Maßnahmen zum Wohle der Bevölkerung beginnen, um die Fronten zu lockern.

Deutschland hat aufgrund seines immer noch guten Ansehens bei den Afghanen in diesem Prozeß sicher die Chance mit führend zu sein – zu agieren statt zu reagieren. Es muß sie nutzen. Wie schon gesagt, wird es sich bei einigem Geschick damit auch nicht isolieren, jedenfalls nicht in Europa. Es ist nur zu hoffen, daß die Bundesregierung das auch will, und der „Stern“-Korrespondent in Kabul irrt, die Bundesregierung wünsche keine ungeschönten Berichte, führe eine „Geisterdebatte“ und habe keinen Plan, weder zum Bleiben noch zum Gehen.⁸⁶

Die Partner wird man sich nur bedingt aussuchen können. Deshalb sollte Deutschland zunächst darauf hinwirken, die Aufständischen nicht einfach als Verbrecher zu sehen, mit denen man nicht spricht. Das kann sich nur der leisten, der in der Lage ist, sie tot oder lebendig auszuschalten, wozu aber

85 Zeit Online v. 27.08.09

86 Christoph Reuter a. a. O.

die Chancen der Koalition, wie gezeigt, äußerst gering sind. Mit einigen wird man sich an einen Tisch setzen und verhandeln müssen.

Wahrscheinlich wird man mehr mit Clans und Stämmen, mit örtlichen und regionalen Führern nach Lösungen suchen müssen, als mit dem Kabuler Regime. Regionale Machthaber aller Art werden sodann so wenig zu umgehen sein wie die Taliban. Diese bilden sicher keine unzertrennbare Koalition. Auch wenn es keine „gemäßigten Taliban“ geben sollte (Christoph Hörstel), werden sich mit Teilen von ihnen, wie auch mit anderen Machthabern Übereinkommen treffen lassen: Im Kleinen zeigt es das Beispiel der Kinderhilfe Afghanistan⁸⁷, die von Taliban unbehelligt u. a. viele Schulen für Mädchen betreibt, ferner die bezahlte Bewachung des Bundeswehrstützpunktes Faisabad durch Milizionäre eines Warlords, die der oben genannte deutsche Korrespondent vor Ort vermeldet.⁸⁸ Im Großen belegt es das frühere Einvernehmen der Taliban mit den USA. Zuwendungen von Bruchteilen der jährlichen Kriegsausgaben der Koalition wären dabei sicherlich hilfreich, das Ausmaß der Zugeständnisse schließlicher Vertragspartner mitzubestimmen – aber bestimmt auch die Androhung von Repressalien, z. B. denen gegenüber, die Vermögen in westlichen Staaten haben. Ein Abzug Provinz für Provinz, wie ihn Christoph Hörstel nach eigenen Angaben mit den entscheidenden Parteien schon 2007 abgeklärt hat, ist jetzt sicher nicht mehr möglich. Für eine raschere Gesamtlösung läßt sich aber wahrscheinlich das Institut der Loja Dschirga nutzen, zur Gesichtswahrung von der Regierung in Kabul einberufen. Diese wird allerdings die Große Ratsversammlung nur mit größtem Geschick überleben können. In der Versammlung müßten der Abzugsvertrag und die ihn garantierende Koalition festgeschrieben werden.

Nach dem Abzug der Koalitionstruppen wird die afghanische Lösung der Machtfrage sicherlich kaum nach westlichen Vorstellungen ausfallen. Aber sie wird, da sie eine landeseigene Lösung ist, schließlich doch mehr Ruhe und Sicherheit schaffen, als ein permanenter Guerillakrieg mit Eindringlingen, gegen die Afghanistan schon immer sehr allergisch war.

Erkenntnisstand: 25. September 2009

87 kinderhilfe-afghanistan.de

88 Christoph Reuter im „Stern“ v. 17.09.09: Raus aus Afghanistan ...

Theodor Fontane (1859)

Das Trauerspiel von Afghanistan

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschellalabad hält,
„Wer da!“ – „Ein britischer Reitersmann,
Bringe Botschaft aus Afghanistan.“

Afghanistan! Er sprach es so matt;
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Robert Sale, der Kommandant,
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:

„Wir waren dreizehntausend Mann,
Von Kabul unser Zug begann,
Soldaten, Führer, Weib und Kind,
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.

Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.“

Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all’,
Sir Robert sprach: „Der Schnee fällt dicht,
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
So lasst sie’s hören, dass wir da,
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,
Trompeter blast in die Nacht hinaus!“

Da huben sie an und sie wurden’s nicht müd’,
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,
Sie bliesen – es kam die zweite Nacht,
Umsonst, dass ihr ruft, umsonst, dass ihr wacht.

„Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.“

Fontanes Ballade erzählt von der Vernichtung der britischen Garnison von Kabul auf dem Rückzug nach Dschellalabad, etwa 150 km ostwärts. Die Briten hatten 1838 mit einer starken Armee u. a. Kandahar und Kabul eingenommen, einen genehmen Emir eingesetzt, sich sicher fühlend, die Truppen größtenteils nach Indien zurückgeschickt und sich wie Kolonialherren mit großem Gefolge in Kabul eingerichtet. Ein Aufstand, dem der britische Resident und Mitarbeiter zum Opfer gefallen waren, zwang zum Rückzug am 6. Januar 1842. Der schlecht geführte Zug von 12.000 bis 16.500 Soldaten, Troß und Gefolge mit Frauen und Kindern wurde in den folgenden sieben Tagen völlig vernichtet. Der junge Militärarzt William Bryden entkam und meldete diese Demütigung des britischen Empire am 13. Januar dem Kommandanten von Dschellalabad, General Sir Robert Sale, der als tapferer *Fighting Bob* einen Namen hatte. Er verteidigte danach die Stadt erfolgreich gegen den jungen Sohn des von den Briten abgesetzten Emirs, den Anführer des Aufstandes. Der wird nur im handschriftlichen Entwurf der Ballade erwähnt: *Überfallen hat uns Akbar Khahn*.

M.B.